

26.10.1999 / Thema

Statistische Gesundheitserei

Wie die Milchmädchen von der Wasser- und Abwasserlobby die Gebühren kleinrechnen

Werner Rügemer

Am 19. Oktober 1999 stellten die »Vereinigung für Abwasser, Abfall und Gewässerschutz« (ATV) und der »Bundesverband der deutschen Gas- und Wasserwirtschaft« (BGW) ihre Statistik der Abwassergebühren vor. Sie beruht auf einer Umfrage bei 1 272 öffentlichen Unternehmen, die das Abwasser von 45,7 Millionen Einwohnern entsorgen. Die Ergebnisse beziehen sich auf die Jahre 1997 und 1998.

Die Lobbyisten sind voll des Lobes: Die Abwassergebühren seien »stabil« geblieben, mit Steigerungen von 0,8 Prozent (West) und 0,3 Prozent (Ost) lägen sie unter der Inflationsrate von einem Prozent. Der starke Anstieg der vorherigen Jahre sei »gebremst«. Geradezu paradiesisch hören sich die je Einwohner ermittelten Durchschnittsgebühren an: Der einzelne Wessi zahlte 226 DM im Jahr für Ableitung und Behandlung seines Abwassers, der Ossi nur 189 DM. In den fünf neuen Bundesländern sei die durchschnittliche Gebühr mit 4,97 DM pro Kubikmeter zwar etwas höher als die 4,25 DM in den alten Bundesländern, heißt es weiter; aber da der Ossi mit jährlichen 34 Kubikmeter sehr viel weniger Wasser verbraucht, ist seine Rechnung trotz höherer Gebühr niedriger als im Westen, wo jedes Baby und jeder Vorstandsvorsitzende 50 Kubikmeter verbrauchen.

Also alles wunderbar? Irgendwelche Gründe für Protestmärsche, Widersprüche gegen Gebührenbescheide, Gründung von Bürgerinitiativen? Auch Zwangsvollstreckungen wegen nicht gezahlter Anschlußbeiträge soll es geben? Betriebsschließungen wegen unbezahlbarer Abwasserrechnungen? Solche Probleme sind den Lobbyisten, die ihre Telefonhörer so nah am Puls ihrer Klientel haben, unbekannt. Im Gegenteil: Durch verschiedene statistische Tricks werden die Lebensverhältnisse im Osten und Westen angeglichen. Wenigstens in der Statistik der Abwassergebühren werden die Brüder und Schwestern im Osten zu gleichberechtigten Menschen. Wie das nur geht?

Grundgebühren und Anschlußbeiträge

Die Gebühren werden je einzelnen »Bürger« berechnet, also auch je Baby und jedem einzelnen Familienmitglied. Aber der gemeine Ossi wie Wessi rechnet eher je Haushalt, und wenn der Haushalt drei oder vier oder fünf Mitglieder hat, dann müssen die genannten Beträge erst mal multipliziert werden, und die Summe wird realistischer: 756 Mark für die vierköpfige Statistik-Normal-Familie im Osten, 904 Mark im Westen. Da blickt der statistische Einzelbürger ja noch durch. Aber in der Durchschnittsgebühr von 4,97 DM wird sich im Osten außerhalb der Städte kaum jemand wiedererkennen. Nicht zufällig haben die östlichen Landesregierungen aufgrund fortwährender Proteste eine »politische« Grenze bei zehn oder zwölf DM gezogen, und zwar nur für die laufenden Gebühren gerechnet, ohne Grundgebühr und Anschlußbeiträge.

BGW und ATV behaupten weiter, in ihren Zahlen sei die »gesamte Entgeltbelastung« enthalten; neben den laufenden Abwassergebühren also auch Grundgebühren und Anschlußbeiträge. Zur Höhe der Grundgebühren wird nichts gesagt, auch nicht dazu, welche Bürger nun eine Grundgebühr bezahlen und welche nicht.

Grundgebühren werden fast nur in den neuen Bundesländern erhoben, das verschweigen BGW und ATV. Sie geben aber eine aufschlußreiche Begründung für die Erhebung von Grundgebühren: Durch sie könne »eine gleichmäßigere Verteilung der hohen Fixkosten erreicht werden. Sie tragen gleichzeitig als stabilisierendes Element zur Dämpfung des Gebührenanstiegs bei.« Die Grundgebühren sind also eigentlich laufende Gebühren, die damit einen anderen Namen erhalten. »Stabilisierendes Element« - so schön kann man das ausdrücken - klingt wissenschaftlich, als hätte es Prof. Dr. Marktwirtschaft persönlich formuliert.

Nach einer Aufstellung, die die umweltpolitische Sprecherin der PDS-Fraktion im sächsischen Landtag, Andrea Roth, 1999 gemacht hat, betragen im Lande des Abwasserkönigs Kurt Biedenkopf die Grundgebühren zwischen fünf und 30 DM pro Haushalt und Monat, am häufigsten sind Grundgebühren um die 20 DM. Wenn man diese 20 DM zwölfmal im Jahr bezahlt, kommt man schon auf 240 DM - nur Grundgebühr, auch wenn man nur ein paar

Kubikmeter im Jahr zu entsorgen hat. Auf Hiddensee beispielsweise müssen Privathaushalte 80 DM Grundgebühr pro Monat bezahlen, Hotels bezahlen 1 089 DM. Während in Sachsen etwa ein Drittel der Zweckverbände eine Grundgebühr verlangen, sind es in Brandenburg bereits 90 Prozent.

Manche Haushalte bezahlen mehr Grundgebühren als laufende Abwassergebühren. Auf das fiktiv-statistische Gesamtdeutschland bezogen schmelzen jedoch die Grundgebühren scheinbar auf ein Nichts zusammen. Die Betroffenen haben jedoch nichts davon. Ihre Probleme werden damit unsichtbar gemacht. Das ist deshalb besonders bemerkenswert, weil immer mehr verschuldete Zweckverbände im Osten Grundgebühren einführen wollen.

Zum Anschlußbeitrag macht die Lobby folgende Angabe: Er belaufe sich pro Jahr und Bürger im Bundesdurchschnitt auf 19 DM. Das klingt wieder harmlos, und wieder sieht die Wirklichkeit anders aus. In den Städten werden meist (noch) keine Anschlußgebühren erhoben. Aber auf dem Lande. Ob in der Eifel westlich des Rheins oder in der Mark Brandenburg: Wer 5 000 DM bezahlen soll, ist gut davongekommen. In der Eifel mußten schon Höfe verkauft werden, um 150 000 DM Anschlußbeitrag berappen zu können, und noch häufiger werden Beiträge in den Neufünfländern verlangt. Hier wurden deswegen schon Zwangsvollstreckungen durchgezogen, nach Recht und Gesetz, versteht sich. Und das Damoklesschwert weiterer Zwangsvollstreckungen schwebt über mancher Rentnerin und manchem Kleingewerbe. Und das wegen 19 DM im Jahr?

Keine Preisangaben für Trinkwasser

Die Statistik wurde von ATV und BGW gemeinsam veröffentlicht. Im BGW sind die mehreren hundert Wasserwerke zusammengeschlossen, die das Trinkwasser aufbereiten und liefern. Da hätte es doch nahegelegen, auch die Preise für Trinkwasser bekanntzugeben, um so mehr, als die Menge des Abwassers ja von der Menge des Trinkwassers abhängt und danach auch berechnet wird. Offensichtlich hätte das aber die statistische Gesundheitsbetriebe gestört. Hätte der Bürger die Möglichkeit, diese zusammenzurechnen, würde ihm vielleicht etwas auffallen. Außerdem würden die Unterschiede zwischen West und Ost dabei noch einmal größer.

Der Ordnung halber sei erwähnt, daß in der Statistik noch ein Bereich fehlt, der so manchen Bürger zu Zornesausbrüchen bringt. Bei der Entleerung von Gruben und bei der Fäkalienabfuhr sind die größten Gebührensteigerungen zu verzeichnen. Das hat auch damit zu tun, daß hier oft private Entsorger beauftragt werden und mit Satzungshilfe der Kommunen und Zweckverbände richtig zulangen. Die Bewohner von Einzelhäusern und -gehöften werden heute, im Zeichen des Abwasserzentrismus, als böse Sünder angesehen, von denen man hofft, daß sie sich aufgrund ihrer Isolierung nicht wehren.

Subventionen aus dem staatlichen Steuertopf

Die Milchmädchen von ATV und BGW lassen eine wesentliche Belastung der Bürger vollständig außer acht: die Subventionen aus dem staatlichen Steuertopf. Die Abwasserentsorgung ist eine staatlich hochsubventionierte Angelegenheit. Die Fördermittel für den Bau von Kläranlagen und Kanalsystemen betragen zwischen 20 und 50 Prozent. Dabei werden vor allem die Anlagen besonders hoch subventioniert, die möglichst groß sind. (Der Staat könnte sinnvollerweise genau umgekehrt handeln: Die Anlagen, die besonders billig und auf sparsamen Betrieb geplant sind, werden besonders gefördert - das wird aber nicht getan).

In den neuen Bundesländern kommen dazu noch einmal sogenannte »Sanierungsprogramme«. Hier haben die Landesregierungen Programme für »notleidende Zweckverbände« aufgelegt. Die »Not« dieser Verbände hat meist damit zu tun, daß Planungsfehler nicht korrigiert werden und so Zweckverbände dauerhaft überschuldet sind. Aus den regulären Gebühren und Beiträgen können die Kosten der überdimensionierten Anlagen auf Dauer nicht aufgebracht werden. Die Behörden wollen ihre Mitschuld nicht eingestehen, die Landesregierungen vertuschen die eigene Verantwortung und die der beteiligten Firmen. Also wird »saniert«.

Dafür wendet z. B. die Regierung des angeblich so wirtschaftskompetenten Ministerpräsidenten Biedenkopf bis zum Jahre 2000 allein 900 Millionen Mark auf. Mit diesem Betrag ist die »Sanierung« der offenen Fässer natürlich nicht beendet, damit wurde erst mal nur die letzte Landtagswahl gewonnen.

»Mit einem Anteil von 47 Prozent an den Gesamtkosten machen Abschreibungen und Zinsen den größten Kostenblock in der Gebührenkalkulation aus«, teilen ATV und BGW uns mit. Mit anderen Worten: Fast die Hälfte der Gebühren wird nicht für eine dingliche Leistung erbracht, sondern kommt durch die hohe Verschuldung zustande. Die Banken und privaten Kreditgeber werden also noch dafür belohnt, daß sie die Planungen der überdimensionierten und technisch unpassenden Anlagen nicht seriös überprüft, sondern die Kredite aus Eigeninteresse hochgepuscht haben.

In Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern wurden bisher zusätzlich zu den regulären Fördermitteln etwa 2,5 Milliarden DM »Sanierungshilfen« zugeschustert. Diese Gelder müssen von den Bürgern über die Steuern aufgebracht und ehrlicher Weise hinzugerechnet werden, wenn man die Gesamtbelastung durch die Abwasserentsorgung beziffern will. Hier müssen auch noch die Steuergeschenke eingerechnet werden, die zahlreichen »Privatisierungsmodellen« gewährt werden.

In einer Fußnote zur Statistik heißt es: »Aufgrund des hohen Erfassungsgrades mit nahezu 100 Prozent ist die Anstalt öffentlichen Rechts in der Umfrage überrepräsentiert, so daß dieser Anteil nicht generell auf das Bundesgebiet übertragen werden kann.« Das bedeutet im Klartext, daß die wachsende Zahl der privaten Betreiber in der Umfrage kaum berücksichtigt wurde. Dadurch wird das Bild um so mehr verzerrt, da die privaten Abwasserentsorger in der Regel die teuersten sind. Der »Verband der privaten Abwasserentsorger« (VpA) wirbt seit Jahren damit, daß die private Entsorgung besser und billiger sei, aber die von den privaten Betreibern erhobenen Gebühren werden nicht (öffentlich) erhoben und bekanntgemacht. Eine Nachfrage dieser Tage ergab die einfache Antwort: »Wir machen keine solche Gebührenerhebung.« Man fragt sich allerdings, wieso diesen privaten Betreibern immer noch geglaubt wird, daß sie billiger seien. Warum belegen sie es dann nicht mit genauen Zahlen? Sie können und wollen es offensichtlich nicht. Aus Einzelfällen, aus den alten wie den neuen Bundesländern, ist allerdings klar, daß hier die Gebühren und Beiträge auf Dauer im Durchschnitt höher liegen. Das wird jedoch einige Zeit dadurch verschleiert, daß anfangs niedrige Dumpinggebühren verlangt und Anschlußbeiträge nicht erhoben werden, um überhaupt ins Geschäft zu kommen.

Dies ist um so bedeutsamer, als ATV und BGW selbst mitteilen: »Festzustellen ist eine Tendenz zu privatrechtlichen Organisationsformen«. Auch im Bereich der Trinkwasserlieferung und Abwasserentsorgung ist weltweit die große Fusionitis ausgebrochen. Vivendi und RWE, Lyonnaise des Eaux und Thyssen, Saarberg und Hölter, Severn Trent usw. balgen sich inzwischen mit Hilfe von eigens gegründeten oder aufgekauften Tochterunternehmen auch um den »Wasser- und Abwassermarkt« in Deutschland.

Hoher Anteil an fixen Kosten

Die Lobby weist darauf hin, daß die öffentlichen Abwasserbetriebe 1998 rund 13 Milliarden DM investiert haben. Das entspreche dem Investitionsvolumen der Chemieindustrie. Vom Bürger aus betrachtet entspreche es den Ausgaben für Körperpflege oder für Post und Telefon. Diese »Erfolgsmeldung« sollte in ganz anderer Weise, als es die Lobby meint, zu denken geben. Erstens, daß die Abwasserentsorgung eine volkswirtschaftliche Bedeutung erreicht hat, die von vielen noch nicht richtig zur Kenntnis genommen wird. Zweitens, daß hier Unsummen verschwendet werden. Auf den hohen Anteil der Abschreibungen und Zinsen wurde schon hingewiesen. Zusätzlich schreiben ATV und BGW, daß die Abwasserentsorgung geprägt sei durch einen hohen Anteil fixer Kosten. »Rund 75 Prozent der Kosten entstehen unabhängig davon, wieviel Abwasser abgeleitet und in den Kläranlagen gereinigt wird.«

Mit anderen Worten: Auch wenn die Bürger die Hälfte ihres Wasserverbrauchs einsparen würden, müßten sie fast die gleiche Summe zahlen wie zuvor. Die zentralistischen Betonsysteme, die nach dem fundamentalistischen Glaubensbekenntnis der Lobby gebaut werden, sind nicht nur teuer, sondern auch inflexibel. Zudem sind sie gefährlicher, denn sie führen die Mehrzahl der Keime in den Wasserkreislauf zurück, und der anfallende Klärschlamm ist mit Schadstoffen belastet. Naturnahe und dezentrale Systeme sind dagegen billiger, hochflexibel und reinigen besser: Warum werden sie verhindert?